



NEWSLETTER 06/2018

# FORUM | MIGRATION



Symbolfoto © Stam – Fotolia.com


## Klare Worte gegen die Lager

**Der neue Innenminister Horst Seehofer (CSU) zieht alle Register, um die so genannten „Anker“-Zentren für Flüchtlinge möglichst schnell einrichten zu können. Doch es gibt lauten Widerspruch aus vielen Bereichen der Gesellschaft – von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Migrant\_innenorganisationen und auch Gewerkschaften, allen voran der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Auf dem DGB Bundeskongress im Mai in Berlin begründete deren stellvertretender Vorsitzender Jörg Radek mit einer eindrucksvollen Rede, warum die Polizeigewerkschaft im DGB die Zentren so vehement ablehnt. Forum Migration dokumentiert die wichtigsten Passagen:**

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sollten nicht dem politischen Marketing von Herrn Seehofer und von Herrn Söder auf den Leim gehen (...): Es sind Lager, die eingerichtet werden. (...) Diese Einrichtungen an sich sind rechtsstaatlich in Zweifel zu ziehen. Menschen, die Schutz suchen und nach Deutschland kommen, die nichts anderes an verwerflicher Tat vorzuweisen haben als einen unerlaubten Grenzübertritt, nach dem Verwaltungsrecht festzusetzen, zu

verorten, festzuhalten oder – wenn man es extrem ausdrücken will – zu inhaftieren, ist mit der gültigen Verfassung nicht in Einklang zu bringen. (...)“

Wenn ich versuche, derartige Einrichtungen mit einer Größenordnung von bis 1.500 Menschen zu organisieren, pferche ich Menschen ein und schaffe Risiko- und Konfliktpotenziale, die unnötigerweise gemacht werden. Insofern muss vielmehr in Integration als in Ausgrenzung investiert werden und auch in die Dinge, die es möglich machen, hier in Deutschland Fuß zu fassen, um sie in unsere Umwelt einzugliedern. Es ist von unserem Selbstverständnis einer Zivilgesellschaft überhaupt nicht vereinbar, was dort geplant wird. Es soll einen abschreckenden Charakter haben. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, für mich als Polizist sind Abschreckung und Rechtsstaat nicht miteinander vereinbar. Deswegen ein klares Signal gegen diese Lager.“ Der DGB Bundeskongress beschloss daraufhin einstimmig die Ablehnung der „Anker“-Zentren.

 Was die Delegierten des DGB Bundeskongresses sonst noch zu den Themen Migration, Mobilität und Antidiskriminierung diskutiert und beschlossen haben, lesen Sie auf Seite 3.

### INHALT 06/2018

Klare Worte gegen die Lager .....	1
Neun Jahre bis nach Europa .....	2
BA will Zentralstelle Anerkennung .....	2
Dekra importiert Pflegekräfte .....	2
Die ganze Spannweite der Migrationspolitik .....	3
Höhere Bildung, häufiger arbeitslos .....	3
News + Termine .....	4
Ist Solidarität der Schlüssel zur Integration? – Kommentar von Dominik Bartsch, Direktor UNHCR Deutschland .....	5



## Porträt Anerkennung: Ndjeyig Marius aus Kamerun

### Neun Jahre bis nach Europa

Als Ndjeyig Marius, heute 38, noch jung war, war für ihn klar, was er wollte: Die Welt sehen – und dabei Geld verdienen. Marius, der aus einem Vorort von Kameruns Metropole Douala stammt, schrieb sich für Commerce International an der Universität ein. 2,5 Jahre geht er dem Studium nach. Kamerun wird seit 1982 ohne Unterbrechung von dem Autokraten Paul Biya regiert. Immer wieder begehrt die Jugend gegen Korruption und Nepotismus auf. Zentrum der Proteste waren stets die Universitäten – und jedes Mal gehen Polizei und Armee mit großer Härte vor. 2005 flüchtet Marius. Ihm gehe es auch „um Freiheit“, sagt er. „In Afrika kannst du nicht sagen, was du willst, dich kann jemand angreifen, bestehlen oder töten. Keiner setzt deine Rechte durch.“ In Algerien will er seine Studien zunächst fortsetzen. Doch 2008 schieben die Algerier ihn nach Mali ab. Er geht nach Tunesien, versucht vergeblich einen Platz in einem Boot nach Lampedusa zu ergattern. In Marokko sitzt er monatelang in einem Lager im Wald, versucht, den Zaun zur spanischen Enklave Ceuta zu überwinden oder mit einem Boot von Tanger nach Andalusien überzusetzen. Im Dezember 2013 kommt er schließlich durch. Im Februar 2014 ertrinken vor Ceuta fünf Migranten. Die Polizei hatte mit Gummigeschossen auf sie geschossen. In Deutschland gründet Marius deshalb die Initiative „Voix des Migrants“. Bei einer Preisverleihung 2015 begegnet er der Kolumnistin Mely Kiyak. „Wer durchlebt denn eigentlich gerade eine Krise?“ schreibt diese kurz darauf. „Wir, die wir warm eingemummelt in unseren Wohnungen leben? Oder Menschen, die mit nackter Haut tage-, wochen-, monate-, jahrelang unterwegs sind? Neulich traf ich auf jemanden, der neun Jahre lang unterwegs war. Von Afrika nach Europa. Neun Jahre lang! Das ist eine krasse Krise.“ Im Dezember 2015 heiratet Marius in Berlin. Er darf das Heim im Brandenburger Umland verlassen, bekommt nach einer Weile einen Platz im Integrationskurs. Im Juni 2018 wird er die B1-Prüfung ablegen. Die Unterlagen seines Studiums hat Marius, anders als viele andere Flüchtlinge, mit nach Deutschland bringen können. Doch was können die ihm nützen, fragt er sich. Zu lange hat er seine Familie nicht unterstützen können. Dass es in Deutschland Möglichkeiten gibt, sich während eines Studiums finanziell unterstützen zu lassen, weiß er. Und dennoch: Selbst wenn ihm ein Teil des Studiums anerkannt würde – bis er als Betriebswirt in Deutschland eine Arbeit aufnehmen könnte, würden mindestens sechs Jahre vergehen, schätzt er. Zu lange. Und zudem, auch das weiß er, ist es als Schwarzer schwieriger, überhaupt eine solche Arbeit in einem Unternehmen zu bekommen. So will er nach dem Deutschkurs lieber irgendeine Arbeit aufnehmen, mit der er sofort Geld verdienen kann, auch wenn dafür nur einfache Tätigkeiten infrage kommen. „Das hat nach all den Jahren einfach Priorität für mich“, sagt er.

## BA will Zentralstelle Anerkennung

### Der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Detlef Scheele, will die wachsenden Lücken bei Fachkräften verstärkt mit gesetzlich geregelter Zuwanderung schließen.

„Wir brauchen ein Fachkräftezuwanderungsgesetz“, sagte Scheele der Deutschen Presse-Agentur. Das Arbeitskräftepotenzial steige langsamer als die Beschäftigung. Die BA rechnet für 2018 mit 760.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, aber nur mit 260.000 zusätzlichen potenziellen Erwerbspersonen zwischen 15 und 65 Jahren. Diese Lücke sei nicht alleine durch Inländer\_innen und EU-Ausländer\_innen zu decken, sagt Scheele dazu. Nötig sei ein Gesetz, das die Einwanderung von Fachkräften erleichtere. Ein solches Gesetz sieht der Koalitionsvertrag zwar vor – die Umsetzung ist aber noch nicht in Sicht. Fraglich ist unter anderem, welches Ressort die Feder beim Gesetzentwurf führen darf: Der erklärtermaßen migrationskritische Innenminister Horst Seehofer (CSU) – oder der SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil. Scheele sprach sich unter anderem dafür aus, ein System von Sprachkursen im Ausland aufzubauen und zu finan-

zieren. So könnten potenzielle Einwander\_innen schon im Herkunftsland Deutsch lernen.

Zudem forderte Scheele eine „zentrale Stelle für die Anerkennung der Qualifikation“. Zudem sprach er sich dafür aus, auch Menschen mit „schlechter Bleibeperspektive“, die trotzdem nicht abgeschoben werden können, zu fördern. „Wenn Menschen legal hierbleiben und nicht zurückgeschickt werden können, warum auch immer, sollten wir ihnen einen Deutschkurs geben, um sie verstärkt in Ausbildung zu bringen, statt sie ohne Angebot in einer Flüchtlingsunterkunft sitzen zu lassen“, sagte Scheele der Badischen Zeitung. „Wir sollten die Fehler nicht wiederholen, die mit vielen Flüchtlingen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien gemacht wurden. Diese sind in den 90er-Jahren eingereist und geblieben, haben aber kaum Deutsch gelernt und keine Arbeit gefunden.“ In den Koalitionsverhandlungen seien entsprechende Verabredungen nicht getroffen worden, so Scheele. „Das halte ich für einen Fehler.“ Die Politik sollte bei einem Zuwanderungsgesetz darauf achten, dass Fachkräfte aus dem Ausland schon vor der Einreise Deutsch lernen, einen Deutschttest ablegen und ihre Qualifikationen anerkennen lassen.

## Dekra importiert Pflegekräfte

### Die Prüforganisation Dekra will ab diesem Jahr 1.500 Pflegekräfte nach Deutschland bringen. Im Rahmen des Projekts „Expert Migration“ werden diese fachlich und sprachlich ausgebildet und zu einem staatlich anerkannten Abschluss in Deutschland geführt. Die Ausbildung findet berufsbegleitend in den Heimatländern statt, danach werden sie in die deutsche Pflegebranche vermittelt. Künftig sollen auch osteuropäische IT-Kräfte auf diesem Weg nach Deutschland kommen.

Das Pilotprojekt für das Ausbildungsprogramm wird schon seit drei Jahren von der Dekra Akademie und dem serbischen Bildungsträger SerboLab umgesetzt. Die Dekra garantierte dabei über Rahmenverträge mit Arbeitgebern in Deutschland als Vermittler die Beschäftigung für alle Kandidat\_innen, die in einem Zeitraum von 12 bis 18 Monaten die Sprachkompetenzstufe B2 erwerben sowie der Fachsprache „Pflege“ erwerben und eine Fachkenntnisprüfung bestehen. Die Kandidat\_innen lernen drei Stunden pro Tag Deutsch, die Ausbildung dauert rund 14 Monate. Nach etwa einem Jahr, kurz vor der Sprachprüfung, kommen deutsche Arbeitgeber nach Serbien, um sich mit Kandidat\_innen bekannt zu machen. Sie präsentieren ihre Kliniken und Pflegeheime, und Kandidat\_innen können Arbeitgeber wählen. Nach einem Monat werden die Verträge unterzeichnet. Der Arbeitsvertrag wird mit dem gewählten Arbeitgeber für einen Zeitraum

von zwei Jahren unterzeichnet. Erst danach können Kandidaten ihren Job wechseln.

Die Dekra übernimmt die Ausbildungskosten von etwa 2.500 Euro. Die Kosten für die Fachkenntnisprüfung, den dazu nötigen siebentägigen Aufenthalt während der Prüfung in Deutschland und die Anerkennung ihrer Pflegediplome müssen die Kandidat\_innen selbst tragen. Dekra bietet dafür einen zinslosen Kredit, den sie innerhalb von zwei Jahren in Monatsraten zurückzahlen können.

Jetzt hat die Dekra das Programm auch auf osteuropäische IT-Fachleute ausgeweitet. Aktuell sind nach Angaben der Dekra mehr als 2.500 Teilnehmer in der Ausbildung. Im Jahr 2017 haben mehr als 1.000 ausgebildete Pflegekräfte in Deutschland ihre Arbeit aufgenommen. Ab 2018 sollen es dann jährlich rund 1.500 Pflegekräfte sein.





# Die ganze Spannweite der Migrationspolitik

**Antidiskriminierung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Faire Mobilität, Bildung Arbeitsausbeutung – der DGB Bundeskongress diskutierte ein halbes Dutzend Anträge rund um das Thema Migration. So bewerten Fachleute aus der Gewerkschaftsarbeit die Ergebnisse.**

Die Stimmung bereitete am zweiten Tag die Delegierte Melanie Geigenberger von der IG Metall Jugend, die an die antifaschistischen Wurzeln des DGB erinnerte. Jeden Tag würden heute in Deutschland Menschen dem Rechtsruck entgegentreten und für eine offene Gesellschaft kämpfen. „Diese Menschen gilt es zu unterstützen“, rief sie. „Ich bin jung, ich darf Utopien haben, die wir als Gewerkschaftsjugend so dringend brauchen,“ sagte Geigenberger. Sie wolle „irgendwann in einer Welt leben, in der die Grenzen in den Köpfen verschwunden sind“.

Doch was beschlossen die Delegierten in dieser Richtung konkret? „Der DGB hat sich auf dem Feld der Migrationspolitik sehr eindeutig positioniert“, sagt Volker Rossocha, der beim DGB Bundesvorstand für Migrationsfragen zuständig ist. Viele der entsprechenden Punkte seien in einem Dachantrag verankert worden – „ein klares Signal, dass das eine wichtige Geschichte ist“, sagt Rossocha. Eine Folge sei, dass die Delegierten auch den so genannten Anker-Zentren – siehe Seite 1 – eine klare Absage erteilt haben. „Zum Thema Faire Mobilität hat der Kongress klar gesagt, dass die Beratung von mobilen EU-Bürgern weiter nötig ist.“ Das entsprechende DGB Projekt Faire Mobilität wird demnach weiter unterstützt. Mit Beschlüssen zu „den beiden Polen-Flüchtlings und freizügigkeitsberechtigten EU-Bürger\_innen war die ganze Spannweite der Migrationspolitik abgedeckt,“ sagt Rossocha.

Auch die Gewerkschaftssekretärin und Antidiskriminierungsexpertin Vera Egenberger nennt die Beschlüsse „ziemlich gut“: Die Delegierten forderten eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – die so genannte Kirchenklausel soll gestrichen werden. Bislang können Arbeitgeber in kirchlicher Trägerschaft von praktisch allen Beschäftigten verlangen, Kirchenmitglied zu sein, ohne dass dies als Diskriminierung Nichtkonfessioneller gelte. „Das betrifft nicht nur Seelsorger im Krankenhaus, sondern zum Beispiel auch Putz- oder Verwaltungskräfte“, sagt Egenberger. Diese Ausnahmeregelung gehe viel zu weit und müsse beschränkt werden. Dieser Ansicht schlossen sich auch die Delegierten des Bundeskongresses an. Sie forderten, alle Tätigkeiten, für die Religiosität nicht unmittelbar erforderlich ist, für alle zu öffnen. Zudem forderten sie ein Verbandsklagerecht im AGG und eine Verlängerung der Frist zur Geltendmachung von Beschwerden auf mehr als zwei Monate.

Nicht ganz so angetan war Erdogan Kaya, Mitglied im ver.di-Migrationsausschuss. Er vermisst einen Beschluss für das allgemeine Wahlrecht für Migrant\_innen. „Wir haben das im Gewerkschaftsrat vorab eingebracht, leider ohne Erfolg“, sagt Kaya. Dies sei besonders misslich, weil das allgemeine Wahlrecht in den Betrieben ja bereits praktiziert werde. Zu kurz gekommen seien außerdem die „Probleme der Migranten, die schon Jahrzehnte hier sind“, sagt er. Diese würden sich unter anderem auch darin zeigen, dass deren Kinder noch immer Schwierigkeiten hätten, Ausbildungsplätze zu bekommen. Kaya schwebt eine Quote für migrantische Azubis für Ausbildungsbetriebe vor. Dass solche Ideen nicht debattiert worden seien, hänge eben auch mit der Zusammensetzung der Delegierten zusam-

men, glaubt er. „Ich habe mich im Saal lange umgesehen: Nur eine Handvoll der Kolleg\_innen hatte einen Migrationshintergrund.“

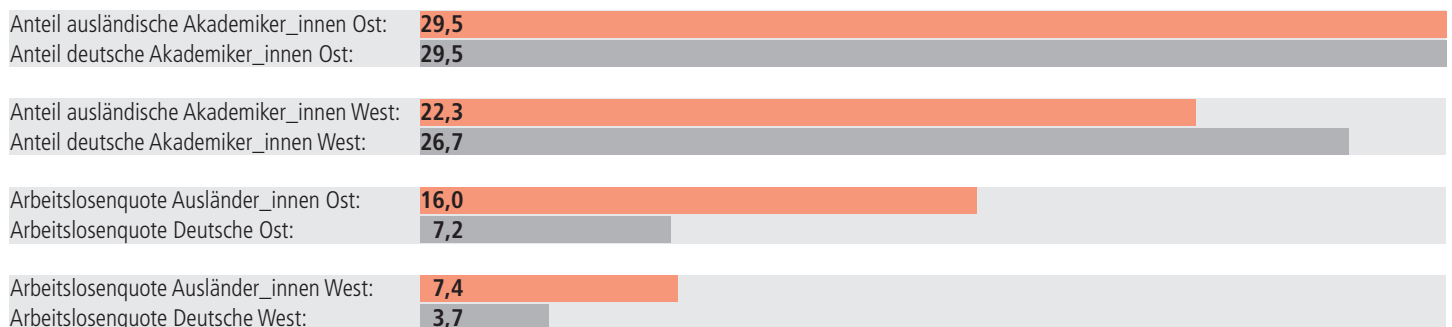
Das hatte vor Beginn des Kongresses schon der ver.di-Sekretär Romin Khan kritisiert. Den Verlauf des Kongresses insgesamt stuft er dennoch positiv ein. „Ein wichtiger Punkt war, dass der DGB ein Ende der erpresserischen Ausbildungsduldung fordert“, sagt Khan. Bislang können Geduldete zwar im Land bleiben, um eine Ausbildung abzuschließen. Dieses Recht ist aber an ein konkretes Ausbildungsverhältnis geknüpft. Endet das vorzeitig, kann der Azubi sofort abgeschoben werden. „Das macht es Geduldeten natürlich sehr schwer, sich gegen schlechte Ausbildungsbedingungen zu wehren“, sagt Khan. Der Kongress habe deshalb gefordert, Azubis grundsätzlich ein Aufenthaltsrecht von zwei Jahren zu geben. „So können sie falls nötig auch die Ausbildungsstelle wechseln“, sagt Khan.

Ein zentraler Punkt des Kongresses war für Khan die Solidarisierung mit den Beschäftigten des Lieferservices Deliveroo in Köln. Die Fahrer hatten bei dem jungen Internet-Unternehmen einen Betriebsrat gegründet, ihre Arbeitsverträge waren daraufhin nicht verlängert worden. „In Firmen wie Deliveroo ist ein migrantisches Spektrum stark vertreten“, sagt Khan. Auf dem Kongress sei so deutlich geworden, dass diese ein „Teil der neuen Arbeiter\_innenschaft“ seien. „Umso wichtiger ist es, dass diese sich auch in den Gewerkschaftsstrukturen widerspiegelt.“

Voraussichtlich ab dem 12. Juni sind die aufbereiteten und kommentierten Beschlüsse mit Migrationsbezug auf der Webseite des DGB verfügbar.

## Höhere Bildung, häufiger arbeitslos

**Migrant\_innen in Ostdeutschland haben öfter einen Hochschulabschluss als jene im Westen. Auf dem Arbeitsmarkt haben sie dennoch Probleme.**





# News + Termine

## Thüringen: Künftig Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt

Ausländische Opfer rechter Gewalt erhalten in Thüringen künftig ein Bleiberecht. Ein entsprechender Erlass der Staatsregierung trat am 1. Juni in Kraft. Der grüne Migrationsminister Dieter Lauinger begründete den Schritt mit der hohen Zahl von Opfern mit Einwanderungshintergrund. „Wir halten es für erforderlich, die Situation der Betroffenen durch ein humanitäres Bleiberecht zu verbessern“, sagte Lauinger dem MDR. Der Erlass solle allen Ausländern zugutekommen, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben und Opfer einer Gewaltstraftat mit erheblichen Folgen wurden. Zu diesen Straftaten zählen dem Ministerium zufolge Landfriedensbruch, Sexualstraftaten, Körperverletzungen und Tötungsdelikte. Zudem müssen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Opfer wegen seiner Nationalität, Hautfarbe oder Religion attackiert wurde. Nach den Worten Lauingers werden Opfer zunächst eine Duldung von sechs Monaten erhalten. Damit solle auch die Aufklärung der Straftat erleichtert werden. „Die Aufklärung und Verfolgung von allen Formen rechts-extremistischer oder rassistischer Gewaltstraftaten darf nicht durch eine eventuelle Abschiebung eines Zeugen behindert werden“, so Lauinger.

## Integrationskurse: Die Hälfte erreicht B1

339.578 Menschen nahmen 2017 in Deutschland erstmals an einem Integrationskurs teil. 289.751 absolvierten einen Sprachtest am Kursende. Das berichtet die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“. Von denjenigen, die am Sprachtest teilnahmen, erreichte etwa jeder Zweite (48,7 Prozent) das Kursziel B1. Vier von zehn (40,8 Prozent) kamen auf das niedrigere Sprachniveau A2, der Rest blieb darunter. Das Kursziel B1 ist ausreichend, um im Alltag in Deutschland schriftlich und mündlich klarzukommen, für einen qualifizierten Beruf reicht das Sprachlevel meist nicht.


## Neuregelung zum Familiennachzug


Das Bundeskabinett hat die Neuregelung zum Familiennachzug beschlossen. Ab August soll es pro Monat maximal 1.000 Angehörigen von geflüchteten syrischen Familien möglich sein, nach Deutschland einzureisen. Der Bedarf ist allerdings deutlich höher: Es gibt an den deutschen Auslandsvertretungen schon rund 26.000 Terminanfragen der Angehörigen von Flüchtlingen mit dem so genannten subsidiären Schutz, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine FDP-Anfrage hervorgeht. In den Auslandsvertretungen werden die Visa-Anträge für den Familiennachzug eingereicht. Nach Angaben der Bundesregierung hielten sich zum Stichtag 31. März 2018 rund 200.000 Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz in Deutschland auf – etwa 140.000 davon sind Syrer\_in-

nen. Pro Asyl kritisierte, dass aus dem Grundrecht auf Familie ein „Gnadenrecht des Staates“ werde. Der Paritätische Wohlfahrtsverband betonte, dass das Regelwerk gegen das Diskriminierungsverbot verstoße. Der Bundestag soll die Regelung am 16. Juni verabschieden.

## Aufruf zur Interkulturellen Woche: Kirchen warnen vor Tendenzen der Ausgrenzung


Die Kirchen in Deutschland haben vor Tendenzen der Ausgrenzung und Abschottung in der Gesellschaft gewarnt. „Ablehnung von Fremden, anderen Meinungen, von Angehörigen jüdischer und islamischer Gemeinden oder von anderen Lebensentwürfen äußert sich viel zu oft in gewalttätigen, menschenfeindlichen Übergriffen“, heißt es in einem Gemeinsamen Wort der Kirchen zur 43. Interkulturellen Woche vom 23. bis 29. September 2018. Die Kirchen werben darin für eine humane Lösung beim Familiennachzug. Menschen, die Schutz suchen, dürften nicht dauerhaft von ihren engsten Angehörigen getrennt werden. Außerdem müsse ein kritischer Blick auf die großen Aufnahmeeinrichtungen gelenkt werden, in denen neu ankommende Flüchtlinge künftig getrennt von der Außenwelt untergebracht werden sollen. Integration werde so erschwert. Die Staaten Europas müssten Fragen der Migration menschengerecht gestalten, so die Bischöfe: „Wenn wir uns daran gewöhnen, dass tagtäglich schutzsuchende Menschen an den Außengrenzen ihr Leben verlieren, drohen unsere Grundwerte bedeutungslos zu werden.“

 Das Gemeinsame Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche: [www.dbk.de](http://www.dbk.de)

 Materialien und Infos zur Interkulturellen Woche: [www.interkulturellewoche.de](http://www.interkulturellewoche.de)

## Studie UNESCO: Kultur wichtiger Vermittler in Einwanderungsgesellschaft

Kunst und Kultur leisten einer neuen Studie der UNESCO zufolge einen wichtigen Beitrag für die Einwanderungsgesellschaft. Interkulturelle Kunst-, Film-, Theater und Literaturprojekte setzen oft wesentliche Impulse zur gegenseitigen Verständigung, heißt es in einer Studie der Deutschen UNESCO-Kommission in Bonn und der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Allerdings spiegelten Museen, Theater und Literaturhäuser in Ausrichtung und Personal die kulturelle Vielfalt Deutschlands noch zu wenig wider. Die Leiterin des Fachbereichs Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission, Christine M. Merkel, forderte, vorhandene interkulturelle Kulturangebot in den Kommunen auszubauen und Künstler mit Migrationshintergrund systematisch zu fördern. „Es geht nicht nur um Kunst für Migranten, sondern auch um Kunst von und mit Migranten.“

 Studie „Kunst in der Einwanderungsgesellschaft“: <https://bit.ly/2INC7dp>

## Termine

### Mentor\_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Rheinland-Pfalz/Saarland und Hessen-Thüringen

Teil I: 30. August bis 01. September 2018

Teil II: 14. bis 15. September 2018

Veranstaltungsort: Kaiserslautern

### Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und Nord

Teil I: 31. August bis 01. September 2018

Teil II: 14. bis 15. September 2018

Veranstaltungsort: Bremen

### Bayern und Baden-Württemberg

11. bis 13. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern

### Nordrhein-Westfalen

19. bis 20. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

## Seminar

### „Interkulturelle Öffnung weiterentwickeln“

21. Juni 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

## Fachseminar Alphabetisierung

23. Juni 2018

Veranstaltungsort: Frankfurt

07. Juli 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

## Workshop „Keine Panik vor Dynamik“

06. September 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

## Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

16. bis 21. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

## Unterstützung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung im Betrieb

20. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

## Mentor\_innentraining Berlin-Brandenburg und Sachsen


26. bis 27. Oktober 2018

Veranstaltungsort: Berlin

## NORD: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

16. bis 17. November 2018

Veranstaltungsort: Hamburg

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen: <http://bit.ly/1Jv9okq>



# Ist Solidarität der Schlüssel zur Integration?



© Foto: UNHCR

## Kommentar von Dominik Bartsch, Direktor UNHCR Deutschland

In ganz Deutschland sitzen gerade Menschen auf harten Holzstühlen und lernen Deutsch. Es sind Flüchtlinge und sie hören einen Begriff, der mehr als ein Wort ist: Solidarität. Die Linken verbinden damit Gerechtigkeit, Konservative argwöhnlichen Umverteilung – sind aber doch zum Teilen bereit. Manch Ostdeutscher denkt an den Missbrauch des Begriffs in der DDR, manch Westdeutscher sieht für Solidarität keine Zukunft in einer individualisierten Gesellschaft.

Und was bedeutet Solidarität, wenn man von all dem nichts weiß? Flüchtlinge kommen nach Deutschland und erleben jedes Gefühl und jede Stimmung, zu der ein Mensch fähig ist: Sympathie und Abneigung, Hilfe und Ignoranz, Liebe und Hass. Sie erleben aber auch Solidarität. Wenn in Umfragen erforscht wird, wie die Deutschen Flüchtlingen gegenüber eingestellt sind, überwiegen die Sympathien immer bei Weitem. Und nach wie vor ist ein Zehntel der Deutschen in der Flüchtlingshilfe aktiv. Jeder Zehnte! Auch das ist Solidarität.

Wenn wir mit Flüchtlingen sprechen, ist ihr wichtigster Wunsch gerade in Erfüllung gegangen: Sie und ihre Familien sind in Sicherheit. Ihr zweiter Wunsch ist: Arbeiten! Für die Familie sorgen! Kein Wunder, ist doch die Arbeit, das Gebrauchtwagen, ein wichtiger Teil der menschlichen Identität, ja der Würde.

Und doch finden viele keinen Job. Zum einen braucht man selbst für einfache Arbeiten gute Sprachkenntnisse. Zum anderen ist der deutsche Arbeitsmarkt zwar gierig, aber zugleich anspruchsvoll. Und welche Chance hat ein Schneider, eine Wäscherin oder ein

Schuhmacher in Europa, selbst wenn diese Berufe in Syrien oder im Irak ein Auskommen boten?

Was ist die Antwort? Die Antwort ist die Solidarität der Deutschen, ihre neuen Nachbarn an die Hand zu nehmen, ihnen bei der Integration zu helfen, beim Deutschlernen, beim Verstehen von Arbeitsabläufen, nach Feierabend. Damit aus dem Neuen ein Kollege wird.

Aber die Frage ist berechtigt, ob das überhaupt im Interesse des Arbeitnehmers ist. Kommt da jemand, der für weniger arbeitet? Der mit den hohen Sozialstandards nicht vertraut ist? Ein Lohndrücker?

Nein, diese Angst habe ich nicht. Sicher ist selbst ein deutscher Mindestlohn für viele Menschen auf der Erde schon ein Traumgehalt. Aber der Traum wird zur Illusion, wenn man auch im deutschen Preisumfeld lebt. Und zudem haben zwei Jahrhunderte Arbeitskämpfe dafür gesorgt, dass das deutsche Sozialsystem auch rechtlich gut abgesichert ist.

Der Hauptpunkt ist aber, dass Deutschland Arbeitskräfte dringend braucht. 1,2 Millionen offene Stellen gibt es derzeit. In zwölf Jahren könnten es laut Wirtschaftswissenschaftlern drei Millionen sein. Schon heute kostet einer Studie zufolge der Fachkräftemangel Deutschland fast einen Prozentpunkt seines Wirtschaftswachstums.

Aber es geht dabei um Fachkräfte und ja, viele Menschen, die bei uns Schutz suchen, sind für deutsche Verhältnisse keine Facharbeiter. Deshalb steht Deutschland jetzt vor einer noch nie dagewesenen Aufgabe: Die Gesellschaft muss ihre neuen Mitglieder aufnehmen, ihnen die nötigen Fähigkeiten mitgeben und sie voll integrieren – gerade auch in den Arbeitsmarkt. Es ist ein Experiment, dieses Wort mag man hier ruhig benutzen, auf das die ganze Welt mit neugierigen Augen schaut. Denn ja, es kann scheitern. Die Zeichen stehen jedoch auf Erfolg. Weil alle Beteiligten letztlich das Gleiche wollen. Und Deutschland hat schon andere Herausforderungen gemeistert, gerade in jüngster Vergangenheit.

Es liegt jetzt an „denen, die schon länger hier leben“ – also den Deutschen –, wie sehr sie den neuen Kollegen die Hand reichen. Und es liegt an diesen Kollegen, mit welchem Engagement sie die neue Heimat annehmen, die fremd und manchmal kalt ist, aber auch Schutz und Sicherheit – auch soziale Sicherheit – bietet. Solidarität ist also auch hier der Schlüssel, damit alle gewinnen.

Denn wir müssen nicht nur an morgen, sondern auch an übermorgen denken. Deutschland braucht Arbeitskräfte für seine Wirtschaft. Und um sein Sozialsystem zu erhalten. Denn ein Arbeitnehmer finan-

ziert die Rente mit, egal ob er Michael, Mehmet oder Mohammed heißt. Jeder macht mit, weil er will, dass später, wenn er selbst alt ist, jeder mitmacht. Und auch das hat den Namen Solidarität.

Jetzt mag man einwenden, dass das die Solidarität in ganz Deutschland voraussetzt. Ich will noch mehr: Solidarität auf der ganzen Welt. Deutschland hat nicht, wie man oft hört, als einziges Land Flüchtlinge aufgenommen. Im Libanon, weit von der Stabilität und Wirtschaftskraft Deutschlands entfernt, ist heute jeder fünfte ein Flüchtling. Deutschland hätte dann 16,17 Millionen aufnehmen müssen. Auch in Uganda gibt es mehr Flüchtlinge. In Deutschland beträgt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf knapp 42.000 Dollar im Jahr. In Uganda sind es 638.

Die Vereinten Nationen haben deshalb den Global Compact auf den Weg gebracht. Dieses Vertragswerk soll dafür sorgen, dass zum Beispiel Deutschland nicht alleingelassen wird. Vor allem soll aber den armen Ländern des Südens geholfen werden, in Afrika und im Nahen Osten, wo 84 Prozent der Flüchtlinge leben. Ziel ist es, die Lasten international zu verteilen. Und auch dafür gibt es ein einzelnes Wort: Solidarität.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

